

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 49. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 25. April 2013

1. Abgeordnete
Hendrik Hering,
Dr. Tanja Machalet,
Ingeborg Sahler-Fesel und
Dieter Klöckner (SPD)

Richterlich angeordneter Stopp einer von der Verwaltung des Westerwaldkreises veranlassten Abschiebung

Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeordnete Abschiebung einer syrischen Familie aus Wirges (Westerwaldkreis) in die Republik Polen wurde vom Verwaltungsgericht Trier gestoppt mit der Begründung, dass den Betroffenen die Bescheide erst unmittelbar vor Durchführung der Abschiebung bekannt gegeben worden seien und sie damit keinerlei Möglichkeit bekommen hätten, Rechtsmittel gegen die Bescheide einzulegen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Fristen haben die ausführenden Behörden bei der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeordneten Abschiebung bzw. Überstellung von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis zu beachten?
2. Welche Möglichkeiten des Einlegens von Rechtsmitteln stehen den Betroffenen zur Verfügung?
3. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen Bescheide zur Abschiebung derart kurzfristig den Betroffenen zugestellt wurden?
4. Welche Konsequenzen hätte eine Überstellung der Familie bzw. von Teilen der Familie in die Republik Polen für die Betroffenen gehabt?

2. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Dr. Norbert Mittrücker
(CDU)

Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV gegen den Bürgerprotest

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen will die Landesregierung darauf verzichten, dem Landesentwicklungsprogramm mehr Verbindlichkeit und Rechtskraft zu geben, indem es im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens in Kraft gesetzt wird?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die auch nach der überarbeiteten Fortschreibung des LEP IV unveränderten Proteste sämtlicher Naturschutzverbände und einer wachsenden Zahl von Bürgerinitiativen gegen die Regelungen zur Standortbestimmung von dezentralen Energieanlagen?
3. Aus welchen Gründen hält die Landesregierung eine Verminderung der Abstandsregel für Windkraftanlagen zu Bebauungsgebieten auf 800 Meter für tragbar, obwohl die neueren Anlagen höher und größer werden?
4. Aus welchen Gründen hält die Landesregierung es für notwendig oder zumutbar, in den Regionen des Landes, in denen bereits zwei Prozent der Fläche für Windkraftanlagen in Anspruch genommen sind, den Bau weiterer Anlagen unbeschränkt zuzulassen?

**3. Abgeordneter
Ulrich Steinbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verstärktes Vorgehen gegen Steuervermeidung und -verkürzung durch Bekämpfung sogenannter Steueroasen

In den letzten Wochen haben Veröffentlichungen eines Journalistennetzwerks Steuervermeidung und Steuerhinterziehung auf internationaler Ebene in einem bislang unbekanntem Ausmaß offengelegt. Damit wurde eine europaweite Diskussion über den Umgang mit sogenannten Steueroasen ausgelöst, die vor allem von großen Konzernen, multinationalen Unternehmen und wohlhabenden Bürgern genutzt werden, um Steuerzahlungen zu vermeiden oder zu verkürzen.

Die Finanzminister der sechs größten EU-Länder haben in Dublin eine strikte und konsequentere Vorgehensweise gegen Steuerverlagerungsmöglichkeiten vereinbart. Außerdem haben sie sich für ein Europäisches FATCA-Abkommen nach US-Vorbild ausgesprochen, das alle Banken und Finanzdienstleister verpflichtet, steuerlich relevante Daten automatisch in die Heimatländer der Auslandsanleger zu übermitteln.

Zahlreiche europäische Staaten wie beispielsweise Luxemburg und Österreich haben mittlerweile erkennen lassen, sich einem entsprechenden automatisierten Informationsaustausch nicht mehr zu verweigern.

Handlungsmöglichkeiten ergeben sich auch auf der Bundesebene, hier kann die Landesregierung wesentlichen Einfluss ausüben, wie beispielsweise durch ihren aktuellen Entschließungsantrag im Bundesrat.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeit sieht die Landesregierung, durch Initiativen auf Bundesebene, wie zum Beispiel die Neuauflage einer schwarzen Liste für Steueroasen oder die Verschärfung der Verjährungsfrist für Steuerbetrug, Steuervermeidung zu verhindern?
2. Welche Möglichkeit sieht die Landesregierung, durch europaweite Initiativen, wie zum Beispiel einem europäischen Steuerpakt mit einer einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung und Mindeststeuersätzen, Steuervermeidung bzw. Steuerbetrug zu verhindern?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung einer EU-weiten Transparenzrichtlinie, nach der Unternehmen mit sämtlichen Tochterunternehmen offenlegen müssen, wo welche Gewinne ausgewiesen werden und wie hoch entsprechende Steuerzahlungen sind?
4. Kann nach Auffassung der Landesregierung in Deutschland ein ähnliches Abkommen wie das FATCA-Abkommen in den USA etabliert werden, demzufolge alle Banken, die in den USA tätig sind oder mit US-amerikanischen Staatsanleihen handeln, alle steuerrelevanten Daten von amerikanischen Staatsbürgern an die Finanzbehörden in den USA melden müssen?

**4. Abgeordnete
Alexander Licht und
Gerd Schreiner (CDU)**

Entwicklung des Frachtfluges am Flughafen Frankfurt-Hahn

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hatten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Frachtfluggesellschaft Air Cargo Germany (ACG) als Kunde des Flughafens Frankfurt-Hahn auf die Initiative der Landesregierung, im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2013 zusätzliche Landesmittel für den Flughafen bereitzustellen?
2. Gab oder gibt es zur Stützung der Fluggesellschaft ACG Gespräche mit der Landesregierung oder mündliche oder schriftliche Zusagen der Landesregierung zu Bürgschaften für die ACG?
3. Welche Anstrengungen hat die Landesregierung unternommen, um den Flughafen Hahn beim Frachtfluggeschäft in der direkten Konkurrenz zum Flughafen Frankfurt, aber auch zu anderen Flughäfen zu stärken und insbesondere zum Flughafen Frankfurt Möglichkeiten der Kooperation und gegenseitigen Ergänzung auszuschöpfen?
4. Von welchen konkreten Perspektiven für den Frachtflug am Hahn zur Erreichung der Rentabilität geht die Landesregierung bei ihren Bemühungen aus, die Zukunft des Flughafens auf eine sichere wirtschaftliche Grundlage zu stellen?

5. Abgeordnete

**Fredi Winter und
Michael Hüttner (SPD)**

Koblenzer Seilbahn

Der Stadtrat von Koblenz hat die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine zunächst zweijährige Verlängerung (2014/2015) der Betriebsgenehmigung der Koblenzer Seilbahn geschaffen. In dieser Zeit soll mit der UNESCO die Welterbeverträglichkeit der Seilbahn geklärt werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche touristische Bedeutung misst die Landesregierung der Koblenzer Seilbahn bei?
2. Wie fügt sich die Koblenzer Seilbahn in die Tourismusstrategie des Landes ein?
3. Wie hat sich das Besucheraufkommen auf der Festung Ehrenbreitstein mit Inbetriebnahme der Seilbahn entwickelt?
4. Wie viele Arbeitsplätze wären durch eine Nicht-Verlängerung der Betriebsgenehmigung der Koblenzer Seilbahn betroffen?

6. Abgeordneter

Dr. Axel Wilke (CDU)

Personaleinsparungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Vor dem Hintergrund der jüngsten öffentlichen Diskussion über Personaleinsparungen in der Justiz frage ich die Landesregierung:

1. Welche Stelleneinsparungen bei Richterinnen und Richtern (inklusive Fachgerichtsbarkeit) und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten hat die Landesregierung im Dezember 2012 angeordnet?
2. Wie werden diese Personalsparmaßnahmen konkret umgesetzt?
3. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf die sog. PEBBSY-Deckungsgrade in den einzelnen Gerichtszweigen bzw. den Staatsanwaltschaften?
4. Wieso wurden die Personalsparmaßnahmen nicht in der Steuerungsgruppe zur Justizstrukturreform zur Diskussion gestellt?

7. Abgeordneter

**Nils Wiechmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Aktuell spürbare nachhaltige Effekte der Bundesgartenschau 2011 auf Koblenz und die Region Mittelrhein

Die Bundesgartenschau 2011 in Koblenz war ein großartiger Erfolg und hat nachhaltig zur weiteren Steigerung der Attraktivität der Stadt Koblenz, der Region Mittelrhein und auch darüber hinaus beigetragen. Die Bundesgartenschau 2011 war die größte Veranstaltung in der Geschichte von Rheinland-Pfalz. Kernbereiche der BuGa waren die Festung Ehrenbreitstein, das Kurfürstliche Schloss und das Deutsche Eck. Eine Attraktion ist auch über die Veranstaltung hinaus die Seilbahn über den Rhein. Sie verbindet die Rheinanlagen mit dem Festungsplateau. Besonders die städtebauliche Entwicklung war ein großer Gewinn für Koblenz.

Mit einer erreichten Besucherzahl von über 3,5 Mio. Menschen war sie die erfolgreichste Bundesgartenschau seit Einführung des elektronischen Zählsystems im Jahr 1997.

Insbesondere die Nachhaltigkeit war eines der Leitmotive der BuGa. Das Nachnutzungskonzept stellt sicher, dass die neu entstandenen Parkanlagen auch nach der BuGa gepflegt und genutzt werden, häufig sogar durch ein vorbildliches ehrenamtliches Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger der Region.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Bundesgartenschau 2011 in Koblenz nach ihrem Ende auf den Tourismus (Übernachtungszahlen, Besucherzahlen etc.) in Koblenz und im nördlichen Rheinland-Pfalz ausgewirkt?
2. Wie haben sich die Besucherzahlen der Festung Ehrenbreitstein vor, während und nach der Bundesgartenschau entwickelt und wie schätzt die Landesregierung diese Entwicklung ein?
3. Unterstützt die Landesregierung den vielfachen Wunsch der Menschen in Koblenz und der Region für eine zeitlich befristete Verlängerung der Betriebsgenehmigung der Koblenzer Seilbahn im UNESCO Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal?

- 8. Abgeordnete**
Dr. Tanja Machalet und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)
- Bedeutung der Adam Opel AG für den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Adam Opel AG für Rheinland-Pfalz, insbesondere für den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt, bei?
 2. Wie bewertet die Landesregierung den jüngst ausgehandelten Tarifvertrag bei Opel mit Blick auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Opel-Werk in Kaiserslautern, aber auch bei den anderen Opel-Standorten in Deutschland?
 3. Wie und in welcher Weise stimmt sich die Landesregierung mit den anderen Landesregierungen mit Opel-Standorten hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens zur Sicherung der Arbeitsplätze bei Opel ab?
- 9. Abgeordnete**
Horst Gies,
Guido Ernst und
Alexander Licht (CDU)
- Entwicklung im Insolvenzverfahren Nürburgring**
- Wir fragen die Landesregierung
1. Welche Schritte/Verhandlungen sind derzeit zur Gestaltung eines möglichen Verkaufsprozesses am Nürburgring von Seiten der Landesregierung mit der EU-Kommission verabredet?
 2. Wer hat die Verhandlungsführung für das Land Rheinland-Pfalz in diesem Prozess?
 3. Welche Fristen stellen sich bei einem möglichen Start des Verkaufsprozesses am 15. Mai?
 4. Wie kann ein öffentliches und bezahlbares Zugangsrecht auf Dauer gesichert werden?
- 10. Abgeordneter**
Dr. Peter Enders (CDU)
- Aktuelle Situation hinsichtlich der Sprachkenntnisse ausländischer Ärzte in Rheinland-Pfalz**
- Angesichts der Anforderungen an Ärzte nicht nur hinsichtlich Fachwissen, sondern auch hinsichtlich der Fähigkeit zur Verständigung im Alltag wird derzeit verstärkt über Wege diskutiert, die allgemeinen und fachspezifischen Sprachkenntnisse ausländischer Ärzte in unserem Land zu verbessern.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie viele ausländische Ärzte sind aktuell in Rheinland-Pfalz niedergelassen oder in Krankenhäusern bzw. anderen medizinischen Einrichtungen tätig?
 2. Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Landesregierung zu deren allgemeinen und fachspezifischen Kenntnissen deutscher Sprache?
 3. Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Landesregierung zu den diesbezüglichen Praxiserfahrungen?
 4. Was unternimmt die Landesregierung, damit es zu bundeseinheitlichen Anforderungen an die Sprachkenntnisse ausländischer Ärzte kommt?
- 11. Abgeordnete**
Petra Elsner und
Dr. Tanja Machalet (SPD)
- Girls' Day – 25. April 2013 – Zukunftstag für Mädchen**
- Junge Frauen in Deutschland verfügen über eine besonders gute Schulbildung. Dennoch entscheiden sich die meisten Schülerinnen immer noch überproportional häufig gegen Studiengänge in den Natur- und Technikwissenschaften und gegen Ausbildungen in „typisch männlichen“ Berufsfeldern. Doch gerade hier ist der Fachkräftebedarf nach wie vor erheblich. Damit schöpft die junge Frauengeneration ihre Berufsmöglichkeiten nicht voll aus. Am Girls' Day haben deshalb Mädchen die Möglichkeit, in Berufsfelder reinzuschnuppern, die sie im Prozess der Berufsorientierung nur selten in Betracht ziehen.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Ist die Landesregierung im Besitz von verlässlichen Zahlen darüber, wie viele Mädchen in Rheinland-Pfalz am Girls' Day teilnehmen und somit das Angebot aus Wirtschaft und Wissenschaft wahrnehmen?
 2. Ist die Landesregierung in Kenntnis darüber, welche Berufsfelder von den Mädchen am Girls' Day bevorzugt ausgewählt werden?
 3. Wie beurteilt die Landesregierung die nachhaltige Wirkung des Girls' Days bei der späteren Berufswahl von Schülerinnen, die daran teilgenommen haben?

12. Abgeordneter

Gunther Heinisch
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesenheitspflicht im Studium

Der Deutsche Hochschulverband hat jüngst gegen die Präsenzpflcht von Studierenden in Vorlesungen Stellung bezogen. Abgesehen von besonderen Fällen, in denen aufgrund didaktischer, inhaltlicher oder prüfungsbedingter Aspekte die Anwesenheit der Studierenden unbedingt notwendig sei, stelle die Präsenzpflcht eine Einschränkung von studentischer Eigeninitiative im Studium dar. Der Deutsche Hochschulverband hat die Fakultäten und Fachbereiche aufgefordert, ihre Studienordnungen mit Blick auf eine zurückhaltende Regelung von Anwesenheitspflichten zu überprüfen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung Anwesenheitspflichten für Studierende in Lehrveranstaltungen?
2. Bestehen seitens des Landes Richtlinien oder Empfehlungen zur Regelung und ggf. auch zur Umsetzung von Anwesenheitspflichten?
3. Welche diesbezüglichen fächerübergreifenden Regelungen bestehen an einzelnen Hochschulen des Landes, etwa in Musterprüfungsordnungen?

13. Abgeordneter

Josef Dötsch (CDU)

Messungen des Bahnlärms im Mittelrheintal

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche vergleichbaren Ergebnisse erbrachten bisher die Messungen des Bahnlärms im Mittelrheintal bei Messstationen auf dem Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz und nach Kenntnis der Landesregierung des Landes Hessen?
2. Welche Parameter wie zum Beispiel Erschütterungswerte wurden bisher in Rheinland-Pfalz und nach Kenntnis der Landesregierung in Hessen neben dem Lärmwert aufgenommen und gemessen?
3. Welche gemessenen Höchstwerte sind der Maßstab, nachdem bisher Maßnahmen des passiven Lärmschutzes für notwendig und förderungswürdig anerkannt wurden?
4. Welche Folgerungen zu weiteren notwendigen aktiven wie passiven Lärmschutzmaßnahmen, die mit der Bahn oder dem Bund zu verhandeln sind, hat die Landesregierung aus der Auswertung der bisherigen Messergebnisse auf beiden Seiten des Rheins gezogen?

14. Abgeordnete

**Margit Mohr und
Jens Guth (SPD)**

Mittelstandslotse der Landesregierung

Rund 99 Prozent der in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen sind dem Mittelstand zuzuordnen. Sie prägen damit maßgeblich die Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur unseres Landes. Als Stabsstelle im Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung implementiert, existiert mit dem Mittelstandslotse ein landesweiter Ansprechpartner für mittelständische Unternehmen. Wie der aktuellen Presseberichterstattung zu entnehmen ist, hat die Tätigkeit des Mittelstandslotse mit dazu beigetragen, rund 4 000 Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz zu sichern.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit dem Mittelstandslotse?
2. Mit welchen Maßnahmen werden diese Ziele umgesetzt?
3. Wie viele Anfragen sind seit Bestehen beim Mittelstandslotse eingegangen?
4. Wie oft nimmt der Mittelstandslotse an Veranstaltungen (beispielsweise an Messen, Tagungen, Kongressen etc.) teil und informiert über sein Angebot?

15. Abgeordnete
Wolfgang Schwarz und
Michael Hüttner (SPD)

Pheromonverwirrungsmethode im Weinbau

Mit der Pheromonverwirrungsmethode wird im Weinbau der Bekreuzte und der Einbindige Traubenwickler umweltfreundlich bekämpft. Beide Kleinschmetterlinge kommen in Rheinland-Pfalz vor und gehören zu den bedeutendsten Rebschädlingen. Viele Winzer im Land sind bereits Mitglieder in den Anwendergemeinschaften im Rahmen des Programms biotechnischer Pflanzenschutz. Der größtmögliche Erfolg dieser umweltfreundlichen Pflanzenschutzmaßnahme steht in Zusammenhang mit einer größtmöglichen Beteiligung der Weinbaubetriebe und der großflächigen und zusammenhängenden Aushängung der Pheromon-Dispenser in den Weinbergen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Winzerinnen und Winzer mit welcher gesamten Rebflächengröße nehmen im Land als Teil von Anwendergemeinschaften an dem Programmteil zur Bekämpfung des Traubenwicklers im Weinbau durch die Pheromonverwirrungsmethode teil?
2. Wie hoch sind die derzeitigen und künftigen Förderungen bei der Anwendung der Pheromonverwirrungsmethode im Weinbau?
3. Hält die Landesregierung eine verpflichtende Anwendung der Pheromonverwirrungsmethode im Weinbau bzw. verpflichtende Teilnahme im Rahmen von Anwendergemeinschaften im Zusammenhang von Umstrukturierungsmaßnahmen für realisierbar?

16. Abgeordnete
Dorothea Schäfer und
Dr. Susanne Ganster
(CDU)

Das Deutschlandstipendium ein Jahr nach der Einführung in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Wirkung des Deutschlandstipendiums zur Vernetzung der Hochschulen mit gesellschaftlichen Akteuren und Unternehmen angesichts der Tatsache, dass im vergangenen Jahr fast 600 000 Euro an privaten Mitteln für das Deutschlandstipendium eingeworben werden konnten?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Ursachen für die besonders erfolgreiche Einwerbung von Deutschlandstipendien an einzelnen Hochschulen?
3. Sieht die Landesregierung – angesichts der Erfahrungen im ersten Jahr – die Befürchtungen zerstreut, dass sich die Einwerbung von Deutschlandstipendien nur auf wenige Fächergruppen und wirtschaftsstarke Regionen konzentrieren könnte?
4. Wie wird die Landesregierung die Hochschulen zukünftig bei der Einwerbung von Deutschlandstipendien unterstützen?

17. Abgeordneter
Marcus Klein (CDU)

Auftritt der Landesregierung im Web 2.0

Vor dem Hintergrund der jüngsten öffentlichen Diskussionen über Aktivitäten staatlicher Stellen bei Facebook frage ich die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen, insbesondere auch Werbemaßnahmen, hat die Landesregierung in den letzten Jahren im Onlinebereich durchgeführt (bitte unter Angabe des Titels und der durchführenden Stelle)?
2. Welche weiteren Maßnahmen sind von der Landesregierung in diesem Bereich geplant oder in Umsetzung?
3. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung mit den durchgeführten Maßnahmen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung diese Maßnahmen und ihre Onlinestrategie unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten?

- 18. Abgeordnete**
Martin Brandl und
Christine Schneider (CDU)
- Umgang mit Schulbüchern im Rahmen der Lernmittelausleihe**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Verbleib von Schulbüchern, die im Rahmen der Lernmittelausleihe den Ausleihzyklus durchlaufen haben?
 2. Wie viele Schulbücher haben ihren Ausleihzyklus bereits beendet?
 3. Was spricht nach Meinung der Landesregierung dagegen, diese Schulbücher im Rahmen von Schulbuchbasaren zu günstigen Preisen zu veräußern?
 4. Plant die Landesregierung angesichts der immer neuen Irritationen bezüglich des Onlineportals und der bürokratischen Wege zur Organisation, die Lernmittelausleihe in die Verantwortung der Schulen zu überführen?
- 19. Abgeordneter**
Dr. Adolf Weiland (CDU)
- Diskussion über Medienaufsicht in der EU-Kommission**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Die für digitale Fragen zuständige EU-Kommissarin hat eine Beratergruppe zur „Freiheit und Vielfalt der Medien“ zusammengestellt, deren Papier unter dem Titel „Freie und pluralistische Medien als Rückhalt der Europäischen Demokratie“ vorgelegt wurde. Darin wird gefordert, in die nationale Medienaufsicht der Staaten der Europäischen Gemeinschaft einzugreifen. Auf welchem Weg ist der Landesregierung das Papier der EU-Kommission wann bekannt geworden?
 2. Teilt die Landesregierung die Forderungen der Beratergruppe vor dem Hintergrund der Kultur- und Rundfunkhoheit der Bundesländer?
 3. Wie ist die Interessenvertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Fragen der Medienpolitik auf EU-Ebene organisiert?
 4. Die Landesmedienanstalten der Länder verfügen über einen eigenen Vertreter in Brüssel. Arbeitet die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Medienfragen mit dem Vertreter der Landesmedienanstalten zusammen und gibt es ein koordiniertes Vorgehen der Bundesländer in Sachen Medienpolitik bei der EU?
- 20. Abgeordnete**
Bettina Dickes und
Guido Ernst (CDU)
- Konsequenzen der PULSS-Studie für die Entwicklung der Begys-Klassen**
- In einem Fachartikel, erschienen in der FAZ vom 15. März 2013, wird auf die empirisch messbaren Vorteile von Hochbegabtenklassen verwiesen.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie viele Begys (Begabtenförderung am Gymnasium mit Verkürzung der Schulzeit)-Klassen gibt es in Rheinland-Pfalz?
 2. Wie viele Schülerinnen und Schüler werden aktuell in Begys-Klassen unterrichtet?
 3. Plant die Landesregierung eine Ausweitung dieses Angebots?
 4. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus den wissenschaftlichen Ergebnissen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Schulstruktur und der Inklusion?
- 21. Abgeordnete**
Dorothea Schäfer (CDU)
- Haltung der Landesregierung zur Forderung nach einer „EU-Lebensmittelpolizei“**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie begründet der Minister der Justiz und für Verbraucherschutz Jochen Hartloff seine in der aktuellen Presse dargestellte Ablehnung der Forderung des SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel nach einer eigenständigen EU-Lebensmittelpolizei?
 2. Was wird der Minister der Justiz und für Verbraucherschutz unternehmen, damit diese Forderung nicht weiterverfolgt wird?
 3. Inwieweit unterstützt der Minister der Justiz und für Verbraucherschutz die Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit im Zusammenhang mit den aktuellen Geschehnissen um falsch deklarierte Lebensmittel?

22. Abgeordnete
Andreas Biebricher und
Brigitte Hayn (CDU)

Konsequenzen der hochschulpolitischen Empfehlungen des Aktionsrats Bildung

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Studiengänge wurden seit Einführung der gestuften Studiengänge in Rheinland-Pfalz akkreditiert?
2. Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten für eine Studiengangakkreditierung in Rheinland-Pfalz?
3. Teilt die Landesregierung die fachlich begründete Kritik des Aktionsrats Bildung am Akkreditierungswesen?
4. Inwieweit plant die Landesregierung, den rheinland-pfälzischen Hochschulen mehr Eigenverantwortung in der Gestaltung des Studienangebots zu gewähren?